



Ankündigung | Online-Vortrag | 02.06.2020 | 19:00-21:00

Die AfD und die soziale Frage

Innerhalb weniger Jahre zog die Alternative für Deutschland (AfD) mit teils zweistelligen Ergebnissen in sämtliche deutsche Landesparlamente ein. Mit der Wahl in den deutschen Bundestag 2017 wurde sie endgültig zur erfolgreichsten Parteineugründung der Bundesrepublik.

Zu ihrem Programm gehört neben der Hetze gegen Migrant*innen und Geflüchtete, dem Kampf gegen die Rechte von Frauen und der Diskriminierung von Behinderten, Homosexuellen und Transgender, auch die Ausgrenzung von sozial Benachteiligten. Trotz ihrer neoliberalen Programmatik ist die Partei vor allem auch unter denjenigen erfolgreich, die von marktradikalen Umbaumaßnahmen besonders betroffen sind.

Der Referent wirft einen genaueren Blick darauf, welche Forderungen die AfD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eigentlich vertritt und welche verheerenden Auswirkungen deren Umsetzung für abhängig Beschäftigte hätte.

Es referiert Stefan Dietl, ver.di Landesvorstand Bayern und Autor des Buches "Die AfD und die soziale Frage"

Die Veranstaltung ist eine Kooperationsveranstaltung des Kulturbüro Sachsen e.V. mit dem DGB Leipzig/ Nordsachsen.

Die Anzahl der Teilnehmenden ist begrenzt.

***Anmeldung bis zum 26.05. an:**
bildung@kulturbuero-sachsen.de

unter Angabe von:
1. Vor- und Nachname
2. wenn vorhanden: Institution/
Organisation
3. Gewerkschaftszugehörigkeit: ja/nein



*Mit der Anmeldung überlassen Sie dem Kulturbüro Sachsen e.V. personenbezogenen Daten. Diese werden ausschließlich im Zusammenhang mit E-Mails und Einladungen zu Veranstaltungen gemäß der europäischen Datenschutzverordnung (EU-DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und in der internen Adressdatenbank gespeichert. Sie können der Nutzung Ihrer Daten ohne Angabe von Gründen jederzeit schriftlich unter info@kulturbuero-sachsen.de widersprechen.

FÜR DIE VERANSTALTUNG GILT DIE AUSSCHLUSSKLAUSEL:

Ausgeschlossen von der Veranstaltung sind Personen, die neonazistischen Parteien oder Organisationen angehören, der neonazistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diesen Personen den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser zu verweisen.